

Protokoll:

Dr. Kneis (BIZ) führt aus, dass der rechte Uferbereich in einem schlechten Zustand sei; hauptsächlich im Bereich der Fähre. Es handele sich hierbei um Treibgut und Unrat, aber auch um wilden Bewuchs der Böschungen. Mehrere Behörden seien angeschrieben worden, aber die Verantwortung werde immer wieder hin und her geschoben.

Beigeordneter Prümm trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor (ST/0121/2012).

Rm Coßmann (CDU) fragt, ob es nicht möglich sei, den Fährbetreiber mehrmals aufzufordern und wenn dieser nicht den Unrat beseitige, werde die Stadt dies übernehmen und anschließend die Kosten zwangsweise auferlegen.

Beigeordneter Prümm antwortet, dass bereits zur Stadtratsitzung am 10.05.2012 versucht wurde, den Fährbetreiber in die richtige Richtung zu lenken. Es bestehe ein Vertrag zwischen diesem und dem LBM. Die Stadt helfe als eine Art Vermittler.

Dr. Kneis (BIZ) wiederholt seine Aussage. Obwohl der Uferbereich über die vertragliche Verpflichtung hinausgehe, müsse auch hier dringend etwas getan werden.

Rm Coßmann (CDU) ergänzt, dass der Unrat Koblenz als Touristenstadt schade.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig stellt fest, dass es sich vorliegend um zwei getrennte Verantwortungsbereiche handele. Für den Fähranleger sei der Pächter verantwortlich, für den Uferbereich der Eigenbetrieb Grünflächen und Bestattungswesen. Dieser sei seiner Pflicht auch immer gefolgt. Es gebe nun mehrer Möglichkeiten. Die Stadt moderiere weiter zwischen dem LBM und dem Fährbetreiber, in der Hoffnung, dass dieser seiner vertraglichen Pflicht nachkomme oder die Stadt frage sich, ob sie die Maßnahme anordnen könne und bei Nichtausführung das Geld vorstrecke. Allerdings befürchte er, dass die Stadt das Geld im Nachhinein nicht erhalten werde.

Rm Lehmkühler (SPD) erklärt, dass die Uferbereiche in der Zuständigkeit der Wasser- und Schifffahrtverwaltung, also dem Bund, sei. Da dieser auch spare werde seit vielen Jahren nichts mehr gegen den Wildwuchs gemacht. Lieber nehme man in Kauf, dass Mauern durch die Wurzeln geschädigt würden. Dies habe man bereits aufgrund der BUGA diskutiert und im Hinblick auf die Veranstaltung EB 67 beauftragt. Wenn man hiermit weitermache, müsse man auch die Moselufer und die andere Rheinseite reinigen. Er fordert auf, mit der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung Kontakt aufzunehmen.

Beigeordneter Prümm bestätigt, dass man sich bemühe mit dem Fährbetreiber, dem LBM und dem Wasser- und Schifffahrtsamt eine Lösung zu finden. Allerdings sei man nicht bereit finanzielle Mittel einzusetzen,

BIZ- Fraktionsvorsitzender Wefelscheid kann nicht verstehen, dass die Zuständigkeiten hier so unklar liegen. Er hofft, dass das Gespräch in der 35. Kalenderwoche zu einem Ergebnis führe und im nächsten Jahr der Unrat entfernt sei. Die Angelegenheit werde weiter verfolgt.